

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

FDP-Bundestagsfraktion

13

14

15

Positionspapier

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

Biotechnologie

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

Beschluss der FDP-Bundestagsfraktion vom 29.06.2010

1 Die FDP setzt sich nachdrücklich für die Nutzung der verantwortbaren Potenziale der
2 Biotechnologie in der Landwirtschaft ein. Dies ist im christlich-liberalen
3 Koalitionsvertrag gemeinsam unter den Koalitionspartnern vereinbart worden.
4 Moderne Technologien sind keine Bedrohung sondern eine Chance für Deutschland.
5 Deren Nutzung ist ethisch vertretbar und ökonomisch und ökologisch geboten.
6

7 Es besteht dringender Handlungsbedarf, da die in Deutschland praktizierte
8 Umsetzung der Regelungen zu Rechtsunsicherheit führt sowie zusätzliche Kosten für
9 Unternehmen, Importeure und Landwirtschaft verursacht, die von den
10 Verbraucherinnen und Verbrauchern zu tragen sind. Diesen zusätzlichen Kosten
11 steht kein Nutzen gegenüber.
12

13 Deutschland und Europa werden zudem mehr und mehr durch eine sehr restriktive
14 und unwissenschaftliche Gentechnikgesetzgebung von den internationalen
15 Warenströmen für agrarische Rohstoffe abgeschnitten. Das gefährdet die agrarische
16 Veredlungswirtschaft in der Schweine-, Geflügel- und Milchviehhaltung in
17 Deutschland. Das bringt Nachteile für den Natur- und Umweltschutz.
18

19 Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen verlagern ihre Forschungen im
20 Bereich der Biotechnologie zunehmend ins Ausland. Dies führt zur Abwanderung gut
21 ausgebildeter junger Menschen, die bei uns keine Zukunft sehen, Unternehmen
22 investieren im Ausland, Arbeitsplätze bei uns gehen verloren.
23

24 Folgende Maßnahmen sind erforderlich:
25

- 26 1. Die FDP bekennt sich ausdrücklich zum Industriestandort Deutschland und
27 zur Akzeptanz zukunftsweisender Technologien. Moderne Technologien wie
28 die Biotechnologie sind keine Bedrohung, sondern Chancen für Deutschland.
29 Deshalb müssen die staatlich geförderten Forschungsergebnisse z.B. im
30 Bereich der Grünen Gentechnik auch Anwendung in der landwirtschaftlichen
31 Praxis finden und nicht durch innovationsfeindliche gesetzliche Bestimmungen
32 verhindert werden. Forschung bei gleichzeitigem Verbot der Anwendung der
33 Forschungsergebnisse im eigenen Land widerspricht der Vernunft.
34
- 35 2. FDP, CDU und CSU haben sich darauf verständigt, dass EG-
36 Gentechnikdurchführungsgesetz möglichst bis zum Sommer 2010 so zu
37 ändern, dass eine für Wirtschaft und Überwachung praktikable Anwendung
38 der im Gemeinschaftsrecht der EU festgelegten Nulltoleranz für nicht in der
39 EU zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) zu ermöglichen
40 ist. Dort soll eine Ermächtigung geschaffen werden, um offizielle
41 Probenahmen und Nachweismethoden bei Lebens- und Futtermitteln
42 festzulegen. Diese von der Koalition favorisierte europäische Lösung ist leider
43 in dem angestrebten Zeitrahmen nicht zu verwirklichen. Deshalb muss noch
44 im Jahr 2010 mit der ebenfalls vereinbarten Änderung des
45 Gentechnikgesetzes eine nationale Lösung auf den Weg gebracht werden.
46 Dies ist nach EU-Recht möglich, da z.B. Österreich bereits einen
47 Toleranzschwellenwert von 0,1% für nicht in der EU zugelassene GVO
48 national eingeführt hat. Auch die Schweiz toleriert Anteile von weniger als
49 0,5% GVO in Lebens- und 0,9% GVO in Futtermitteln, wenn die Beimengung
50 unvermeidbar war und eine Sicherheitsbewertung durch ausländische

1 Behörden wie die europäische Lebensmittelbehörde EFSA oder die US-
2 amerikanische Lebensmittelbehörde FDA vorliegen.

- 3
- 4 3. Die FDP unterstützt ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung für
5 eine umfassende Verbrauchertransparenz durch die Schaffung einer
6 Positivkennzeichnung (Prozesskennzeichnung) auf europäischer Ebene. Zur
7 Stärkung des Innovationsstandortes Deutschlands und einer stärkeren
8 Wissenschaftsorientierung im Bereich der Biotechnologie ist die Durchsetzung
9 der Positivkennzeichnung auf europäischer Ebene von zentraler Bedeutung.
10 Die Durchsetzung dieses im Koalitionsvertrag vereinbarten Zieles ist
11 verbraucher- und agrarpolitisch geboten und durch weitere Initiativen der
12 Bundesregierung auf europäischer Ebene durchzusetzen, da dies die
13 notwendige Transparenz für Verbraucher schafft. Gleichzeitig wird mit der
14 Einführung einer Positivkennzeichnung die bisher in Deutschland bestehende
15 „Ohne Gentechnik-Kennzeichnung“ abgelöst. Auch das ist sinnvoll und
16 notwendig, da die „Ohne Gentechnik-Kennzeichnung“ eine klare
17 Verbrauchertäuschung darstellt. Denn trotz einer entsprechenden
18 Kennzeichnung können derartig gekennzeichnete Lebensmittel GVO-
19 Bestandteile enthalten.
- 20
- 21 4. Die in Teilen der Bevölkerung vorhandene Skepsis gegenüber
22 biotechnologischen Züchtungsmethoden müssen ernst genommen werden.
23 Dieser Skepsis kann nur durch eine von der gesamten Regierung getragenen,
24 entschlossenen Aufklärungsarbeit entgegengewirkt werden.
- 25
- 26 5. Die im vergangenen wie auch in diesem Jahr beobachtete eventuelle
27 Beimengung von nicht in der EU zum Anbau zugelassenen GVO in
28 Maissaatgut erfordert die Einführung eines Toleranzwertes bei Saatgut, bis die
29 EU die dringend erforderlichen kulturartenspezifischen Schwellenwerte
30 festgelegt hat. Österreich hat beispielsweise einen solchen Toleranzwert in
31 Höhe von 0,1% für Saatgut festgelegt.

32
33
34 Begründung

35
36 Die christlich liberale Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag eindeutig für die
37 Nutzung der verantwortbaren Potenziale der Biotechnologie in der Land- und
38 Lebensmittelwirtschaft ausgesprochen. So heißt es im Koalitionsvertrag zwischen
39 CDU, CSU und FDP:

40
41 „Deutschland soll verstärkt Innovationen hervorbringen und Leitmärkte prägen.“
42 (Seite 28)

43
44 „Wir bekennen uns deshalb zum Industriestandort Deutschland und zur Akzeptanz
45 zukunftsweisender Technologien.“ (Seite 38)

46
47 „Moderne Technologien sind keine Bedrohung, sondern Chancen für Deutschland.
48 Mit ihnen begegnen wir den großen Herausforderungen der Menschheit wie Hunger,
49 Armut, Krankheit und Naturkatastrophen. Deutschlands Technologieführerschaft
50 sichert uns Teilhabe an großen Zukunftschancen, Beschäftigung und Ressourcen
51 schonenden Wohlstand.

1 Die Biotechnologie eröffnet neue Verfahren in der Nahrungsmittel-, Papier- und
2 Textilindustrie sowie in der Chemie- und Pharmaindustrie.“ (Seite 39 und 40)

3
4 „Grüne Gentechnik

5 Die Biotechnologie stellt eine wichtige Zukunftsbranche für Forschung, Wirtschaft
6 und Landwirtschaft dar, die bereits weltweit etabliert ist. Deshalb wollen wir die
7 verantwortbaren Potenziale der Grünen Gentechnik nutzen. Der Schutz von Mensch
8 und Umwelt bleibt oberstes Ziel des deutschen Gentechnikrechts.

9 Wir treten für eine stärkere Wissenschaftsorientierung und effiziente
10 Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf EU-
11 Ebene ein. Um eine für Wirtschaft und Überwachung praktikable Anwendung der im
12 Gemeinschaftsrecht der EU festgelegten Nulltoleranz für nicht in der EU zugelassene
13 GVO zu ermöglichen, werden wir das Gentechnikgesetz und das EG-
14 Gentechnikdurchführungsgesetz ändern. Dort werden wir eine Ermächtigung
15 schaffen, um offizielle Probenahme- und Nachweismethoden festzulegen.

16
17 Zur Schaffung einer umfassenden Verbrauchertransparenz streben wir eine
18 Positivkennzeichnung (Prozesskennzeichnung) auf europäischer Ebene an.“ (Seite
19 58).

20
21 Beispiele für höhere Kosten:

22
23 Der gegenwärtige Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen wie zum
24 Beispiel die nach wie vor verzögerte Zulassung neuer Sorten auf EU-Ebene führt zu
25 erhöhten Kosten. Die Futtermittelimporteure schätzen die Kosten EU-weit auf etwa 5
26 Milliarden €.

27
28 Die fehlende Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen GVO hat im vergangenen
29 Jahr für mittelständische Unternehmer, die Leinsamen aus Kanada importiert hatten,
30 der geringfügige Beimengungen einer geprüften aber nicht mehr zugelassenen GVO-
31 Sorte enthielten, 50 Millionen € gekostet. In den benachbarten Niederlanden war auf
32 eine Rückrufaktion verzichtet worden.

33
34 Die in diesem Jahr aufgetretenen eventuellen (sie sind nicht sicher nachgewiesen)
35 Beimengungen von GVO im Maissaatgut verursachen Kosten in Höhe von 4
36 Millionen €.

37
38
39
40
41
42